

18. Wahlperiode

---

**Antrag**

der Fraktion der CDU

**Rückführungen von Straftätern und Gefährdern nach Syrien ermöglichen und durchführen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, Straftäter und Gefährder nach Syrien oder über aufnahmebereite Drittstaaten im Rahmen einer verfassungsgemäßen Abwägung und unter Berücksichtigung einzelfallbezogener Besonderheiten künftig abzuschicken und dazu das Notwendige zu veranlassen, insbesondere darauf hinzuwirken, dass die Lageeinschätzung des Auswärtigen Amtes zu Syrien revidiert wird.

---

***Begründung:***

Der nach aktuellem Kenntnisstand islamistische Messer-Anschlag auf zwei Menschen am 4. Oktober in Dresden mit einem Todesopfer, der von einem mehrfach vorbestraften verurteilten Straftäter aus Syrien verübt wurde, erschüttert die Öffentlichkeit. Wer in Deutschland schwere Straftaten bis hin zum Mord begeht oder als Gefährder unsere Demokratie und Werteordnung bekämpft, kann nicht erwarten, hier auch Hilfe und Schutz zu finden. Der derzeit noch geltende generelle Abschiebungsstopp nach Syrien muss angesichts dieser schrecklichen Tat auf den Prüfstand gestellt werden, um zu verhindern, dass insbesondere gewalttätige und verurteilte Straftäter und Gefährder diesen vermeintlichen Schutz zur Begehung von Straftaten bzw. der Verübung von Anschlägen missbrauchen. Der Schutz der Bevölkerung hat oberste Priorität.

Berlin, 10. November 2020

Dregger Rissmann Wansner  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU